

Kleine Anfrage mit Antwort**Wortlaut der Kleinen Anfrage**

der Abgeordneten Pia Zimmermann (LINKE), eingegangen am 15.07.2008

NPD-Umtriebe in Wolfsburg

Medienberichten zufolge versucht die rechtsextreme NPD, Räumlichkeiten in Wolfsburg anzumieten. Diese sollen zur Schulung von Kandidaten für die Bundes- und Europawahl im kommenden Jahr genutzt werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Bestätigt sie die oben benannte Information?
2. Wenn ja, welche konkreten Erkenntnisse liegen der Landesregierung hierzu seit wann vor?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um das geplante Vorhaben der NPD zu verhindern?

(An die Staatskanzlei übersandt am 21.07.2008 - II/726 - 86)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres, Sport und Integration
- 61.10 – 01425-1-58 -

Hannover, den 22.08.2008

Mitglieder der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und andere Rechtsextremisten agieren in den letzten Jahren bundesweit vermehrt auf dem Immobilienmarkt. Damit verfolgen sie zwei verschiedene Ziele.

Zum einen bemüht sich die rechtsextremistische Szene um Verankerung vor Ort. Es geht ihr um lokale Präsenz, um örtliche Treffpunkte und Anlaufstellen. Daher können reale Kaufabsichten häufig nicht ausgeschlossen werden.

Zum anderen versuchen die NPD und andere Rechtsextremisten das Bekanntwerden ihres Interesses an Immobilien in der Öffentlichkeit publizistisch und finanziell auszunutzen. So formiert sich regelmäßig starker politischer und öffentlicher Protest gegen einen geplanten Immobilienerwerb durch Rechtsextremisten. Infolgedessen sehen sich manche Kommunen zur Ausübung ihres gemeindlichen Vorkaufsrechts oder zu einem freihändigen Erwerb der fraglichen Immobilie veranlasst. Zudem bietet die umfangreiche Berichterstattung in den Medien den Rechtsextremisten eine Plattform zur Verbreitung ihrer Ansichten und Absichten.

Sicherheitsbehörden sprechen vor diesem Hintergrund von „politisch motivierten Immobiliengeschäften“, wenn der zu erwartende politische und gesellschaftliche Protest gezielt durch die NPD oder andere Rechtsextremisten herbeigeführt wird, um einerseits publizistisch auf sich aufmerksam zu machen und andererseits gegebenenfalls finanziell an einem Verkauf zu überhöhtem Preis an die Gemeinde oder an Dritte zu partizipieren (durch Provisionszahlungen für die „Vermittlung“ o. ä.).

Mitunter nutzen Immobilienverkäufer diesen Effekt auch von sich aus, indem sie - ohne eigene politische Absichten und ohne Wissen der NPD - eine entsprechende Medienberichterstattung veranlassen bzw. eine Gemeinde mit einem vermeintlich geplanten Verkauf an die NPD konfrontieren.

Vor diesem Hintergrund hat das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Integration im Jahr 2004 die Aufgabe des „Beauftragten für Immobiliengeschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund“ geschaffen. Die Aufgabe ist organisatorisch der Abteilung für Verfassungsschutz zugeordnet und seit dem Jahr 2007 eingebunden in das Informationsangebot des niedersächsischen Verfassungsschutzes „Förderung von Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus in den Kommunen“. In einer Reihe von Vortragsveranstaltungen und Strategiegelgesprächen wurden bislang über 800 kommunale Mandats- und Entscheidungsträger informiert. Der niedersächsische Verfassungsschutz hat zudem eine Broschüre über die Veranstaltungsreihe und einen Ratgeber zu Immobiliengeschäften mit rechtsextremistischem Hintergrund veröffentlicht.

Die oder der Beauftragte war und ist in beratender und koordinierender Funktion mit verschiedentlichen, teilweise auch in den Medien und der Öffentlichkeit thematisierten (Verdachts-) Fällen von Immobiliengeschäften mit rechtsextremistischem Hintergrund - z. B. dem „Heisenhof“ in Dörverden, dem Bahnhof in Melle, dem Parkhotel in Delmenhorst, der Mühle in Achim - betraut.

Um die o. g. Aufgabe effektiv wahrnehmen zu können, ist es zwangsläufig erforderlich, von öffentlichen Berichten und Stellungnahmen über Einzelheiten konkreter Vorgänge abzusehen, wobei sich eine öffentliche Erklärung zu akuten Vorgängen aus taktischen Gründen mitunter ganz verbietet. Wegen der organisatorischen Verortung der Aufgabe „Beauftragte oder Beauftragter für Immobiliengeschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund“ in der Abteilung für Verfassungsschutz wird aber der vertraulich beratende Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes (AfAV) regelmäßig über die Aktivitäten auf diesem Gebiet unterrichtet.

Dies vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Es wird bestätigt, dass dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres, Sport und Integration ein (tatsächliches oder scheinbares) Interesse von Rechtsextremisten an Räumlichkeiten in Wolfsburg bekannt ist.

Zu 2:

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Zu 3:

Im Rahmen der Aufgabe „Beauftragte oder Beauftragter für Immobiliengeschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund“ bzw. des Konzepts „Förderung von Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus in den Kommunen“ wird den Kommunen - so auch der Stadt Wolfsburg - die Koordinierung der Aktivitäten von beteiligten Behörden, die Vermittlung von Kontakten zu sachverständigen Stellen, die Weitergabe von vorhandenen Erfahrungswerten, die Erstellung von Einschätzungen und Lagebildern sowie das Aufzeigen von rechtlich zulässigen Strategien und Maßnahmen, die geeignet sein können, einen Erwerb oder eine Nutzung eines Objekts durch Rechtsextremisten zu verhindern, angeboten. Dieses Angebot hat in der Vergangenheit - z. B. im Fall des Bahnhofs in Melle - dazu beigetragen, dass ein Kauf der Immobilie durch Rechtsextremisten verhindert wurde.

Zusätzlich ist das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Integration neben insgesamt 50 Experten u. a. aus Kirche, Jugendarbeit oder Schule Mitglied des niedersächsischen Beratungsnetzwerks im Rahmen des Bundesprogramms "kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus". Aus diesem Kreis kann bei Bedarf ein Mobiles Interventions-team zusammengestellt werden, das über die entsprechenden Beratungskompetenzen verfügt und auf entsprechende Anfrage vor Ort anlassorientiert aktiv wird.

Uwe Schünemann